

Luzern, 16. Juni 2014

Bevölkerungsbefragung 2013 von LUSTAT Statistik Luzern: politische Würdigung der Ergebnisse

Regierungspräsident Robert Küng: Bedeutung der Demoskopie im politischen Prozess

Die kantonale Bevölkerungsbefragung findet seit 2009 alle zwei Jahre statt. Sie ergänzt die statistischen Informationen zum Leben im Kanton Luzern mit den subjektiven Einschätzungen und Meinungen der Bevölkerung. Für die Befragung 2013 hat der Regierungsrat erstmals Themenschwerpunkte definiert, in denen vertiefte Informationen erhoben wurden. Mit der Erhebung, Auswertung und Veröffentlichung der Resultate hat der Regierungsrat die unabhängige Statistikstelle LUSTAT Statistik Luzern beauftragt.

Die Bevölkerungsbefragung ist ein wichtiges Instrument der modernen Staatsführung. Sie dient dem Regierungsrat für das Politik-Controlling: als Mittel, um die politischen Ziele auf ihre demokratische Legitimation zu überprüfen und bei allfälligen Differenzen geeignete Massnahmen zu erarbeiten.

Damit gehört die Demoskopie zu den vielen Formen des Dialogs zwischen dem Souverän und den kantonalen Behörden. Dieser Dialog ist institutionell gut verankert: Die Bevölkerung bestimmt die Zusammensetzung der Legislative und der Exekutive. Sie übt die direktdemokratische Kontrolle über diese beiden Gewalten und ihr Recht auf politische Mitsprache in den kantonalen Abstimmungen aus. Sie findet in einem mittelgrossen Kanton wie Luzern bei unterschiedlichsten Anlässen den direkten, persönlichen Zugang zu den Vertreterinnen und Vertretern der Politik. Und sie kann sich, eben in der Bevölkerungsbefragung, regelmässig, umfassend und repräsentativ zu sämtlichen Aufgabenfeldern der Politik äussern.

Am aufschlussreichsten sind für den Regierungsrat jene Aussagen, die im LUSTAT Focus zur Bevölkerungsbefragung als Zufriedenheitsbarometer und als Sorgenbarometer dargestellt sind: Dort erfahren wir, ob die Bevölkerung die Angebote und Leistungen des Kantons Luzern schätzt und welche Themen die Leute beschäftigen. Sieht die Bevölkerung die wichtigen Aufgaben und die grossen Probleme am selben Ort, an dem auch die Politik Handlungsfelder definiert hat und Handlungswillen zeigt? Oder gibt es signifikante Abweichungen? Das sind wesentliche Fragen und Impulse für die politische Planung.

Der Regierungsrat gleicht die Ergebnisse der Bevölkerungsbefragung systematisch mit den Zielen und Massnahmen der Politik ab, bestimmt Synergien und Differenzen und definiert, wo nötig, Handlungsfelder, in denen zusätzliche Massnahmen erarbeitet werden müssen. Entsprechend werden in den nächsten Wochen und Monaten auch die Befragungsergebnisse aus dem Jahr 2013 ausgewertet und allfällige Folgerungen in geeigneter Form in den politischen Prozess eingespielt.



Regierungspräsident Robert Küng, Vorsteher Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdepartement: Themenschwerpunkt Energie

a) Ausgangslage aus Sicht der Politik

- Die Energiewende - weg von atomaren und fossilen, hin zu erneuerbaren Energieträgern - ist eine grosse Herausforderung für alle industriellen und postindustriellen Gesellschaften. Es gibt Zielkonflikte: Man will die natürlichen Ressourcen und die Umwelt schonen, man will individuelle Komforteinbussen verhindern, man will die Perspektiven der Wirtschaft nicht beeinträchtigen.
- Die neuen Umwelttechnologien - Wasser-, Sonnen-, Windenergie und Geothermie - machen grosse Fortschritte und lassen ein immenses Marktpotenzial erkennen. Sie sind aber von marktbeherrschenden Stellungen noch weit entfernt.
- In der Schweiz existieren kaum Informationen über den Wissensstand und die Einstellung der Bevölkerung zu energiepolitischen Fragen.
- Im Gegensatz dazu wissen wir im Kanton Luzern nun erstmals genau, wo die Bevölkerung steht - in Bezug auf ihre Einstellung zu energiepolitischen Fragen, in Bezug auf ihre Kenntnisse, in Bezug auf die Anwendung dieser Kenntnisse, also auf ihr Verhalten bei der Energienutzung.
- Das ist die Voraussetzung, damit die Politik die kurz- und mittelfristigen Bedürfnisse erkennen und langfristig die richtigen Massnahmen festlegen kann, um die energiepolitischen Ziele zu erreichen.
- Die definierten Ziele der Luzerner Politik sind eine Reduktion des Verbrauchs fossiler Energien bis 2015 um 15 Prozent, eine Verdoppelung des Anteils der erneuerbaren Energien bis 2030 und die Umsetzung der nationalen Energiepolitik, d.h. die Vision der 2000-Watt-Gesellschaft.

b) Erkenntnisse aus der Bevölkerungsbefragung

- Die Bevölkerung ist für die Notwendigkeit eines energiepolitischen Umdenkens sensibilisiert.
- Es besteht eine hohe Bereitschaft, das eigene Verhalten anzupassen.
- Die energiepolitischen Schwerpunkte des Kantons Luzern sind bekannt.
- Die energiepolitischen Massnahmen haben einen erstaunlich hohen Bekanntheitsgrad. Das ist ein grosser Marketingerfolg.
- Eine Bevölkerungsmehrheit von 70% ist bereit, für die Förderung einheimischer und erneuerbarer Energie mehr Geld auszugeben.
- Auf der anderen Seite gibt es keine klaren Mehrheiten für einschneidende Massnahmen im regulatorischen Bereich.
- Die im Energiekonzept 2013-2016 festgelegten Luzerner Massnahmen zur Verbesserung der Energieeffizienz und zur Förderung erneuerbarer Energien haben sich offensichtlich als gut zu vermittelnde und wirksame Strategie erwiesen.

c) Konsequenzen und weiteres Vorgehen

Wir haben nun die Gewissheit, dass die Mittel für die Förderung einheimischer und erneuerbarer Energie im Sinne der Luzerner Bevölkerung verwendet werden. Allein in das Luzerner Förderprogramm Energie flossen im Jahr 2013 CHF 6.88 Mio., davon finanzierte der Kanton CHF 3.5 Mio. Hinzu kommen die Ausgaben des Bundes: die kostendeckende Einspeisevergütung für erneuerbaren Strom, Globalbeiträge für kantonale Förderprogramme, Mittel für Forschung, Grundlagen, Kommunikation, Unterstützung von Pilotanlagen, etc. Diesen bewährten Weg werden wir weiter gehen. Damit gelten weiterhin die folgenden Ziele:

Qualitative Ziele	Quantitative Ziele
konsequenter Umbau (erneuerbare Energien)	Effizienzziele (2000-Watt-Gesellschaft)
verlässliche Bereitstellung der Fördermittel (Energie-Effizienz)	Produktionsziele (Verdoppelung erneuerbare Energien bis 2030)
Revision des Energiegesetzes	Energiestadtlabel in den Gemeinden
Fortführung der Energieberatung	

Regierungsrätin Yvonne Schärli-Gerig, Vorsteherin Justiz- und Sicherheitsdepartement: Themenschwerpunkt Sicherheit

a) Ausgangslage aus Sicht der Politik

- Sicherheit ist ein menschliches Grundbedürfnis, eine zentrale Staatsaufgabe und ein grosses Anliegen der Luzerner Bevölkerung. Sicherheit darf auch einen gewissen Preis haben. Das wissen wir aus früheren Bevölkerungsbefragungen.
- Die jüngste Befragung fand in einem besonderen Umfeld statt. Die Interviews wurden von Sommer bis Herbst 2013 geführt. Sie fielen in eine Zeit, in der die Medien über teils schwer wiegende Vorkommnisse in der Luzerner Polizei berichteten.
- Der Regierungsrat war sich bewusst, dass die geplante Befragung ungeachtet der Rahmenbedingungen durchgeführt wird. Es war unabsehbar, welche Auswirkungen die Vorkommnisse auf das Sicherheitsgefühl der Bevölkerung oder das Image der Polizei haben könnten.
- Zum Kontext der Befragung gehört auch, dass die Ansprüche an die Polizeiarbeit steigen und immer komplexer werden: wegen des Bevölkerungswachstums, des Wertewandels in der Gesellschaft und der zunehmend intensiveren Nutzung des öffentlichen Raums, der 24-Stunden-Gesellschaft sowie des vermehrten Aufwands bei Fussballspielen, wegen mehr Mobilität und Verkehr, technikgetriebene Entwicklungen wie Internet-Kriminalität und neuen rechtlichen Vorgaben.

b) Erkenntnisse aus der Bevölkerungsbefragung

- Meiner Ansicht nach zeigen die Befragungsergebnisse, dass die Vorkommnisse bei der Luzerner Polizei in einem grösseren zeitlichen Kontext beurteilt wurden. Die Luzernerinnen und Luzerner haben erkannt, dass die sogenannte "Polizeikrise" vor allem eine Führungskrise war und dass es beim Fehlverhalten im Korps zwar um gravierende, aber vereinzelte Fälle ging. Die Bevölkerung zeigte ein hohes Vertrauen darin, dass die tägliche Polizeiarbeit mit unveränderter Qualität erledigt wurde.
- Eine grosse Mehrheit der Luzerner Bevölkerung - 75 Prozent! - war 2013 mit der Luzerner Polizei "zufrieden" oder "sehr zufrieden".
- Die Bevölkerung ordnete den Polizeiangehörigen am häufigsten die Eigenschaften "hilfsbereit" (78 % Werte 7 bis 10 auf der Skala von 0 bis 10), "freundlich" (76 %) und "kompetent" (76 %) zu.

Für mich ist das der Anlass, meinen grossen Dank an die Angehörigen des Luzerner Polizeikorps zu wiederholen. Sie haben es mit ihrer Professionalität geschafft, die Glaubwürdigkeit der Polizei im schwierigen Halbjahr 2013 zu bewahren und einen Imageschaden abzuwehren. Die Bevölkerungsbefragung ist ein sehr gutes Zeugnis für die Luzerner Polizei.

- Der Sorgenbarometer zeigt aber auch, dass das Thema "Sicherheit, Kriminalität, Gewalt" 2013 das fünftgrösste Problem im Kanton Luzern war. Diese Sorgen müssen wir ernst nehmen.
- Die Bevölkerung weiss, welche Gegenleistung sie für Sicherheitsausgaben erhält. 99 % der Luzernerinnen und Luzerner fühlen sich tagsüber in ihrem Wohngebiet sicher, 77 % auch nachts. Diese Werte sind sogar noch leicht besser als 2011.
- 7 von 10 Personen sind mit der öffentlichen Sicherheit "zufrieden"/"sehr zufrieden".

c) Konsequenzen und weiteres Vorgehen

Für den Regierungsrat heisst das, dass die Polizeiarbeit auf dem heutigen Niveau weitergeführt werden muss. Er hat deshalb soeben einen Planungsbericht an den Kantonsrat verabschiedet, in dem er zeigt, welche Leistungen und Ressourcen dafür nötig sind:

- Bestandserhöhung des Korps der Luzerner Polizei
- Zentral ist, dass die Kripo angesichts der Kriminalitätsentwicklung und neuer Deliktfelder handlungsfähig bleibt. Eine ebenso zentrale Bedeutung haben die präventive Präsenz und Interventionen der uniformierten Polizei. Es ist wichtig, dass

die Polizei für die Bevölkerung sichtbar ist und durch ihre Präsenz für Vertrauen und Sicherheit sorgt.

- Ebenso gilt es, im Zusammenhang mit der Verkehrssicherheit über genügend Ressourcen zu verfügen. Ich erinnere daran, dass wir vom Bund im Rahmen des Massnahmenpakets "Via sicura" einen klaren Auftrag zur Durchsetzung bestehender Regeln und Standards erhalten haben und weiter erhalten werden. Die Details werden wir Ihnen im Zusammenhang mit dem Planungsbericht präsentieren.
- Wir werden die kritischen Rückmeldungen aus der Bevölkerungsbefragung analysieren und Massnahmen daraus ableiten.

Regierungsrat Marcel Schwerzmann, Vorsteher Finanzdepartement: Themenschwerpunkt Finanzen und Steuern

a) Ausgangslage aus Sicht der Politik

- 1999 hatte sich in der Luzerner Politik die Absicht durchgesetzt, dass wir die rote Laterne loswerden wollen, die der Kanton Luzern als hoch verschuldete "Steuerhölle" trug.
- Es folgte eine Reformpolitik, die von einer beispiellosen Disziplin geprägt war.
- Mit drei Steuergesetzrevisionen (2005, 2008, 2011) und zahlreichen Projekten für eine effizientere Aufgabenerfüllung haben wir die Steuerbelastung stark gesenkt und gleichzeitig fortlaufend die staatlichen Leistungen ausgebaut.
- Wo stehen wir heute, 2014? Wir stehen eben gerade nicht! Wir sind gezwungen, weiter den Weg zu gehen, der durch grosse Disziplin, Verzicht auf nicht Notwendiges und Konzentration auf Wesentliches geprägt ist. Aber: Die Steuerbelastung und die Schuldenbelastung sind heute moderat, und der Kanton gibt für den staatlichen Service public über 3.5 Mrd. CHF aus - mehr als jemals zuvor in seiner Geschichte.
- Die Bevölkerungsbefragung zum Thema Finanzen und Steuern war für uns deshalb auch so etwas wie ein Test: Ist der Kanton Luzern mit seiner Haushaltspolitik "bi de Lüüt"?

b) Erkenntnisse aus der Bevölkerungsbefragung

- 55 % der Luzerner Bevölkerung finden, dass der Kanton Luzern die Steuern unverändert lassen soll. Damit stellen sich über die Hälfte der Einwohnerinnen und Einwohner ausdrücklich hinter die kantonale Steuerpolitik. Das ist ein ausgezeichnetes Ergebnis angesichts der Umstände, dass wohl niemand wirklich Freude hat am Steuern zahlen und dass die Steuerpolitik im Kanton Luzern seit 15 Jahren ein intensiv debattiertes Thema ist. Dieses Ergebnis ist eine Bestätigung, dass der Weg der grossen Disziplin und der kleinen Schritte der richtige ist.
- Diese Beurteilung bestätigt sich in den weiteren Ergebnissen. 36 % der Bevölkerung sind mit der kantonalen Steuerpolitik "zufrieden", d.h. sie vergeben Noten zwischen 7 und 10 auf einer Skala von 0 bis 10. Weitere 46 % sind weder "zufrieden" noch "unzufrieden"; das halte ich für einen gesunden Pragmatismus, es wäre etwas viel verlangt, sich flächendeckend euphorische Steuerzahler zu wünschen. Nur 18% sind unzufrieden.
- Jene, die gern etwas ändern würden, sind ungefähr ein Abbild der Kräfteverhältnisse in unseren politischen Gremien. 35 % wollen die Steuern weiter senken, 11 % wollen sie lieber erhöhen und zusätzliche Leistungen finanzieren.
- Populär sind Steuersenkungen für untere und mittlere Einkommen oder Steuerabzüge für Familien und Kinderbetreuung. Das ist eine schöne Bestätigung für unsere Steuerpolitik, denn es handelt sich um Massnahmen, die wir in allen drei Steuergesetzrevisionen 2005, 2008 und 2011 umgesetzt haben.
- Personen, die mit der Steuerpolitik zufrieden sind, schätzen auch die Steuer- und Finanzinformationen der Kantonsregierung häufiger als "gut ein", als Personen, die mit der Steuerpolitik unzufrieden sind.

- Aus alledem lässt sich folgern: Doch, der Kanton Luzern ist mit seiner Steuerpolitik grundsätzlich "bi de Lüüt".

c) Weiteres Vorgehen

Die Belastungen pro Steuerpflichtigen im Kanton Luzern sind mittlerweile moderat; insofern sind wir fürs Erste am Ziel.

Einzelne Justierungen und Systemverbesserungen müssen aber auch in Zukunft möglich sein. Vorderhand müssen wir vor allem das starke Ausgabenwachstum in den Griff bekommen. Insofern sind wir noch keineswegs am Ziel. Wie der Regierungsrat sich die nächste Wegetappe vorstellt, das wird er Ihnen Ende Juni bekannt geben. Dann stellen wir die Massnahmen aus dem Projekt "Leistungen und Strukturen II" vor.